

Queerpolitik in der deutschen Ampelkoalition: Mehr Fortschritt wagen!

Die deutsche Ampelkoalition hat ihr Regierungsprogramm unter dem Titel „Mehr Fortschritt wagen“ veröffentlicht und darin eine ganze Reihe von queerpolitischen Meilensteinen gesetzt, die auch für Österreich ein Vorbild sein können! Wir haben die wichtigsten Ziele und Beschlüsse von SPD, Grünen und FDP zusammengefasst, um zu zeigen, was auch in Österreich möglich wäre, wenn konservative und LGBTIQ-feindliche Blockaden in der Bundespolitik endlich überwunden werden:

Kapitel: Rassismus bekämpfen Leben (S. 120)

LGBTIQ-Rechte in die Verfassung

„Wir wollen den Gleichbehandlungsartikel des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 GG) um ein Verbot der Diskriminierung wegen sexueller Identität ergänzen und den Begriff „Rasse“ im Grundgesetz ersetzen.“

- Deutschland hat, im Gegensatz zu Österreich, den Diskriminierungsschutz für LGBTIQ-Personen im Privatleben gesetzlich verankert („Levelling Up“). Mit der Verankerung von „sexueller Identität“ als Schutzgrund im Grundgesetz wird dieser aber nochmals verstärkt und bietet nicht nur symbolischen Rückhalt für LGBTIQs, sondern auch eine Grundlage für mögliche künftige Klagen im Gleichbehandlungsbereich. In Österreich sind Initiativen zur Verankerung von „sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität“ als Schutzgrund in Art. 7 der Bundesverfassung bisher am konservativen Widerstand gescheitert.

Kapitel: Queeres Leben (S. 119 f.)

Nationaler Aktionsplan für Akzeptanz und den Schutz von LGBTIQ

„Um Queerfeindlichkeit entgegenzuwirken, erarbeiten wir einen ressortübergreifenden Nationalen Aktionsplan für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und setzen ihn finanziell unterlegt um. Darin unterstützen wir u. a. die Länder bei der Aufklärung an Schulen und in der Jugendarbeit, fördern Angebote für ältere LSBTI und bringen in der Arbeitswelt das Diversity Management voran, insbesondere im Mittelstand und im öffentlichen Dienst.“

- Vergleich zu Österreich: Einen Nationalen Aktionsplan fordert auch die SPÖ (i.B. angesichts des Anstiegens von Hasskriminalität) – bisher wurden diese Initiativen aber stets von der Regierung abgelehnt: <https://www.ggg.at/2021/08/04/nach-hassverbrechen-spoe-und-gruene-fordern-aktionsplan/>

Bundesstiftung Magnus Hirschfeld

„Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld sichern wir dauerhaft im Bundeshaushalt ab.“

- Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld wurde 2011 vom Justizministerium eingerichtet und verfolgt das Ziel der „gesellschaftlichen Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans*- und intergeschlechtlichen sowie queeren Personen in Deutschland entgegenzuwirken“. Sie bildet seit zehn Jahren einen zentralen Wissens- und Bildungsknotenpunkt für die deutsche LGBTIQ-Community
- Vergleich zu Österreich: Anders als in Deutschland gibt es in Österreich weder bundesweite LGBTIQ-Dachverbände noch dringend benötigte Kompetenzzentren wie die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld – für die Antidiskriminierungsarbeit wären aber genau solche Einrichtungen in Österreich essenziell.

Regenbogenfamilien

„Regenbogenfamilien werden wir in der Familienpolitik stärker verankern.“

Hassverbrechen

„Geschlechtsspezifische und homosexuellenfeindliche Beweggründe werden wir in den Katalog der Strafzumessung des § 46 Abs. 2 StGB explizit aufnehmen. Die Polizeien von Bund und Ländern sollen Hasskriminalität aufgrund des Geschlechts und gegen queere Menschen separat erfassen.“

- Der genannte Paragraph regelt die Grundsätze der Strafzumessung im deutschen Strafrecht und dabei u.a. „die Beweggründe und die Ziele des Täters, besonders auch rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische oder sonstige menschenverachtende“ – hier sollen LGBTIQ-feindliche Beweggründe explizit aufgenommen werden. Gleichzeitig soll die Erfassung von Hate Crimes detaillierter gestaltet werden.
- Vergleich zu Österreich: Eine eigene strafrechtliche Bewertung von LGBTIQ-Feindlichkeit als Erschwerungsgrund findet sich in Österreich nicht im Strafrecht, wäre aber ein wichtiger Schritt. Auch in der Erfassung von Hate Crimes ist es in Österreich zwar seit kurzem möglich, Hate Crimes wegen der sexuellen Orientierung eigens auszuwerten, die Auswertung aufgrund der Geschlechtsidentität (trans bzw. non-

binär) ist aber nicht möglich, da diese unter der Kategorie Geschlecht subsumiert werden.

Transgender & Intergeschlechtlichkeit

„Wir werden das Transsexuellengesetz abschaffen und durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzen. Dazu gehören ein Verfahren beim Standesamt, das Änderungen des Geschlechtseintrags im Personenstand grundsätzlich per Selbstauskunft möglich macht, ein erweitertes und sanktionsbewehrtes Offenbarungsverbot und eine Stärkung der Aufklärungs- und Beratungsangebote. Die Kosten geschlechtsangleichender Behandlungen müssen vollständig von der GKV übernommen werden. Wir werden im Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung Umgehungsmöglichkeiten beseitigen. Für Trans- und Inter-Personen, die aufgrund früherer Gesetzgebung von Körperverletzungen oder Zwangsscheidungen betroffen sind, richten wir einen Entschädigungsfonds ein.“

- Das Transsexuellengesetz (TSG) war eines der breitest diskutierten, gesellschaftspolitischen Themen im deutschen Wahlkampf und auch Thema in den Kanzler-Triellen. Eine Änderung dieses Gesetzes scheiterte noch im Frühjahr an der CDU, nun erfährt aber gerade dieser Punkt große Zustimmung. Gleichzeitig wird für transidente, non-binäre und intergeschlechtliche Menschen mit einem eigenen Entschädigungsfonds, besserer Gesundheitsversorgung und Personenstandsänderung durch Selbstauskunft ein ganzes Paket vorgelegt, das auf die immer relevantere Frage des selbstbestimmten Lebens für diese massiv wachsende Gruppe reagiert. Der IGM-Verbot wird außerdem ausgeweitet.
- Vergleich zu Österreich: In Österreich ist die Selbstbestimmung von Transpersonen durch Verordnung des BMI und nicht durch ein eigenes Gesetz geregelt. Durch die öffentliche Debatte um das TSG im Wahlkampf erlebt Deutschland mit den Plänen der Koalition nun einen enormen Entwicklungsschub in zentralen Fragen der geschlechtlichen Selbstbestimmung (Gesundheitsversorgung, Geschlechtseintragsänderung, bessere Gesundheitsversorgung und Entschädigung), der auch in Österreich dringend notwendig wäre.

Konversionstherapien

„Wir werden die Strafausnahmen in § 5 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz vor Konversionsbehandlungen aufheben und ein vollständiges Verbot auch von Konversionsbehandlungen an Erwachsenen prüfen.“

- Seit 2020 werden Konversionstherapien an Minderjährigen in Deutschland rechtlich verfolgt. Jetzt soll die Strafausnahme für Personen, „die als Fürsorge- oder

Erziehungsberechtigte handeln“, abgeschafft und das Gesetz langfristig auf ein Verbot aller derartigen Praktiken auch an Erwachsenen ausgeweitet werden.

- Vergleich zu Österreich: Hierzulande gibt es ein entsprechendes Gesetz – trotz zweier Entschließer des Nationalrats (2019 & 2021) – noch nicht. Ein SPÖ-Antrag, der entsprechend des deutschen Gesetzes gestaltet wurde, liegt im Parlament auf und sollte auch in Hinblick auf die geplanten Änderungen in Deutschland adaptiert werden.

Blutspende

„Das Blutspendeverbot für Männer, die Sex mit Männern haben, sowie für Trans-Personen schaffen wir ab, nötigenfalls auch gesetzlich.“

- In Deutschland wird das Blutspendeverbot explizit durch die Hämotherapieverordnung (entsprechend der österreichischen Blutspenderverordnung) für MSM & Transpersonen geregelt – das soll nun explizit geändert werden.
- Vergleich zu Österreich: In Österreich wird das Blutspendeverbot für MSM (4 Monate Ausschluss) durch den standardisierten Anamnesebogen des BMSGPK als Anhang der Blutspenderverordnung geregelt. Darüber hinaus werden Transpersonen eigenmächtig durch das Rote Kreuz eigenmächtig ausgeschlossen, sowie der Ausschluss für MSM eigenmächtig mit 12 Monaten festgesetzt. Als Lösung für diese Verbote fordern SoHo & SPÖ ein Diskriminierungsverbot in der Blutspenderverordnung und einen Anamnesebogen, der Ausschlüsse auf Basis des individuellen Risikoverhaltens regelt.

Europa

„Wir treten dafür ein, dass Regenbogenfamilien und in der EU geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen/Lebenspartnerschaften in allen Mitgliedsstaaten mit allen Rechtsfolgen anerkannt werden. Rechtsakte der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen künftig auch Homophobie und andere Diskriminierung umfassen.“

- Einerseits lehnt sich die Ampelkoalition damit an der EU-LGBTIQ-Strategie 2020 an (Regenbogenfamilien). Andererseits würde die Ausweitung von Rechtsakten der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, würde de-facto ein europäisches LGBTIQ-Diskriminierungsverbot bedeuten: So wird beispielsweise eine entsprechende Ausweitung der EU-Antirassismusrichtlinie (2000/43/EG) den Diskriminierungsschutz im Bereich Güter und Dienstleistungen, Sozialschutz und Bildung bedeuten.

- Relevant ist das insbesondere dadurch, dass die Umsetzung einer Richtlinie (Kommissionsentwurf 2008), die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung außerhalb der Arbeitswelt verbieten würde, bisher vor allem an Deutschland gescheitert ist und hier Bewegung in die Thematik kommen könnte.

Queere Geflüchtete

„Wir werden für queere Verfolgte Asylverfahren überprüfen (z.B. Dolmetscher, Beurteilung der Verfolgungswahrscheinlichkeit bei Rückkehr), Unterbringung sicherer machen und eine besondere Rechtsberatung einrichten.“

Kapitel: Familienrecht (S. 101 f.)

Moderne Partner*innenschaft => Verantwortungsgemeinschaft

„Wir werden das Familienrecht modernisieren. Hierzu werden wir das „kleine Sorgerecht“ für soziale Eltern ausweiten und zu einem eigenen Rechtsinstitut weiterentwickeln, das im Einvernehmen mit den rechtlichen Eltern auf bis zu zwei weitere Erwachsene übertragen werden kann. Wir werden das Institut der Verantwortungsgemeinschaft einführen und damit jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe zwei oder mehr volljährigen Personen ermöglichen, rechtlich füreinander Verantwortung zu übernehmen.

- Mit der Schaffung einer „Verantwortungsgemeinschaft“ soll eine neue Rechtsform der Partner*innenschaft – vermutlich ähnlich dem französischen PACS – geschaffen werden. Entsprechend der Formulierung ist anzunehmen, dass dieses Instrument einerseits auch abseits sexueller bzw. Liebesbeziehungen gelten soll (z.B. für Alters-WGs etc.) und andererseits auch für mehr als zwei Personen (Patchworkfamilien, Poly-Beziehungen etc.)
- Vergleich zu Österreich: Hierzulande fordern SoHo & SPÖ (Bundesparteitag 2018) die Schaffung eines ähnlichen Instruments durch eine Weiterentwicklung der Eingetragenen Partner*innenschaft.

Queere Elternschaft

„Wenn ein Kind in die Ehe zweier Frauen geboren wird, sind automatisch beide rechtliche Mütter des Kindes, sofern nichts anderes vereinbart ist. Die Ehe soll nicht ausschlaggebendes Kriterium bei der Adoption minderjähriger Kinder sein. Auch außerhalb der Ehe soll die Elternschaftsanerkennung unabhängig vom Geschlecht der anerkennenden Person oder von einem Scheidungsverfahren möglich sein.

Kapitel: Antidiskriminierung (S. 120 f.)

Antidiskriminierungsstellen

„Wir stellen die Unabhängigkeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sicher, statten sie angemessen mit Personal und Budget aus und stärken ihre Kompetenzen. Ihre Leitung wird vom Bundestag gewählt. Mit den Ländern werden wir das Netzwerk zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen gegen Diskriminierung flächendeckend ausbauen und nachhaltig finanzieren.“

- Vergleich zu Österreich: Zahlreiche Aufgaben der dt. Antidiskriminierungsstelle werden in Österreich durch die Gleichbehandlungsanwaltschaft übernommen – jedoch insbesondere in Hinblick auf Beratungsleistungen und Vernetzungsarbeit nicht alle. Budget zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Antidiskriminierungsarbeit wäre auch hierzulande dringend notwendig.

Ausgewählte Pressestimmen

- Mannschaft: **Ampel-Koalition: «Klare Kante gegen Diskriminierung & Queerfeindlichkeit»**
<https://mannschaft.com/ampel-koalition-klare-kante-gegen-diskriminierung-queerfeindlichkeit/>
- Bild: **Regenbognation – So queer soll Deutschland werden**
<https://www.bild.de/lgbt/2021/lgbt/regenbognation-so-queer-soll-deutschland-werden-78347796.bild.html>
- Tagesspiegel: **Aus für das Transsexuellengesetz, neues Abstammungsrecht– Ampel will weitreichende Verbesserungen für queere Menschen**
<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/aus-fuer-das-transsexuellengesetz-neues-abstammungsrecht-ampel-will-weitreichende-verbesserungen-fuer-queere-menschen/27828982.html>
- Queer.de: **Ampel-Koalition mit vielen queerpolitischen Versprechen**
https://www.queer.de/detail.php?article_id=40546